

11.16

Bundesrat Edgar Mayer (ÖVP, Vorarlberg): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Die Frau Ministerin und die Herren Minister seien herzlich begrüßt, vor allem aber Frau Alt-Bundesrätin (*Heiterkeit*) Staatssekretärin Muna Duzdar, die hier ein Comeback erlebt. Wir freuen uns alle darüber. Man sieht, welche Möglichkeiten man aus dem Bundesrat kommend hat.

Kollege Todt hat dankenswerterweise nicht nur die Begrüßung von allen übernommen, sondern – so wie der Herr Vizekanzler – auch die Dankesworte an die Regierungsmitglieder und den Herrn Bundeskanzler, die ausgeschieden sind. Dem schließe ich mich sehr gerne an, das wird natürlich auch von meiner Fraktion entsprechend mitgetragen.

Insbesondere möchte ich aber einen doch noch etwas hervorheben, weil er sehr oft bei uns im Bundesrat war, nämlich den Kanzleramtsminister Ostermayer. Er hat dem Bundesrat auch immer große Wertschätzung entgegengebracht. Auch dafür sei ihm herzlich gedankt. (*Beifall bei ÖVP, SPÖ und Grünen.*)

Ich darf mit einem Zitat des derzeitigen Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz Wilfried Haslauer beginnen, der gesagt hat, derzeit herrscht ein konstruktiver Kurs in der Bundesregierung; die Länder reichen die Hand dazu. – Dazu reichen auch wir Bundesräte selbstverständlich gerne die Hand, und ich darf Sie, Herr Bundeskanzler, und die neuen Regierungsmitglieder namens meiner Fraktion in der Länderkammer herzlich begrüßen und Ihnen versichern, dass wir auch sehr an einer Änderung der Zusammenarbeit interessiert sind, denn: Geht es dem Bund gut, geht es natürlich auch den Ländern gut.

Man sieht auch schon an den Platzverhältnissen im Bundesrat: Es wäre gar keine größere Regierungsumbildung möglich gewesen, denn die Plätze auf der Regierungsbank sind voll besetzt. Außerdem ist die Zuordnung gut, Herr Bundeskanzler, da Sie sozusagen bei unserer Fraktion sitzen und der Herr Vizekanzler bei Ihrer Fraktion. (*Heiterkeit.*) Das ist auch ein gutes neues Miteinander, das freut uns ganz besonders. (*Beifall bei ÖVP, SPÖ und Grünen.*)

Wir brauchen selbstverständlich schon eine Regierung, die sich zu positionieren weiß, die entschlossen ist und die, so wie wir heute gehört haben, auch entschlossen an Reformen herangeht, ohne sich gegenseitig über die Medien auszurichten, wie gut beziehungsweise wie schlecht der andere ist. Nicht der Streit, sondern die Zusammenarbeit sollte im Vordergrund stehen, so wie wir das heute schon gehört

haben, also eine neue partnerschaftliche Regelung mit entsprechend klar definierten Spielregeln.

Ich habe es schon erwähnt: Der New Deal, die neue Möglichkeit der Zusammenarbeit, auch die Prioritätensetzung, die Sie gemacht haben, Herr Bundeskanzler und Herr Vizekanzler: bei der wirtschaftlichen Entwicklung, beim Arbeitsmarkt, bei Innovation und Forschung, bei der Entbürokratisierung, der Bildungsreform sowie bei Asyl, Integration und Sicherheit, all das sollten nicht nur Überschriften sein und soll auch nicht mit wenig Sinn machenden Deadlines unterlegt sein, sondern diese Maßnahmen sollten gut vorbereitet auf den Weg gebracht werden.

Der Herr Vizekanzler hat es schon angesprochen: Die Leistungen der Regierung wurden kaum zur Kenntnis genommen, es wurde von den Medien eben nur das übernommen, was vorher insgesamt schlechtgeredet wurde.

Wenn man die Steuerreform betrachtet, so muss man sagen: Das ist die größte Steuerreform, die Österreich auf den Weg gebracht hat, mit einem Volumen von 5,2 Milliarden €, wo jeder – auch kleine und mittelständische Unternehmen – am Ersten des Monats anhand des Gehaltszettels des letzten Jahres vergleichen kann, was sich da getan hat. Und wenn man darüber – bevor man die Steuerreform weiter schlechtredet – mit Menschen diskutiert, dann gibt das auch jeder zu. Nur: Wir haben es einfach nicht geschafft, ein großes Projekt oder eines der größten Projekte dieser Regierung auch entsprechend zu verkaufen. Das soll, sehr verehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank und liebe Kolleginnen und Kollegen, in Zukunft besser gemacht werden.

Gemeinsam gemachte Projekte bedeuten auch, dass man mit einer Stimme davon spricht. Ich habe mir, Herr Bundeskanzler, Ihre hier abgegebene Stellungnahme notiert, wo Sie gesagt haben, in der Flüchtlingsproblematik gebe es von Ihnen keine neue Interpretation, es gehe einfach darum, dieser Problematik mit Menschlichkeit und Humanität zu begegnen, gleichzeitig aber das Bedürfnis der Bevölkerung nach subjektiver Sicherheit ernst zu nehmen, und es sei für Sie sehr wichtig, den Fokus auch auf Integrationsmaßnahmen zu legen. – Das ist ein Zitat, das ich hier gerne zum Besten gebe.

Aber es gibt jetzt von Ihnen – und Sie haben es heute angesprochen, Sie haben hier relativ lange über Integration und Asyl gesprochen, was ein wichtiges Thema ist, das gebe ich durchaus zu – eine neue Interpretation des Asylgesetzes. Ihr Statement dazu im Pressefoyer ist jetzt zeitgleich mit dem Inkrafttreten des Asylgesetzes am 1. Juni gekommen, und da sprachen Sie von 11 000 Asylberechtigten. Inzwischen sind es

aber 20 000 Asylberechtigte, mit verschiedenem Zugang, entweder als Asylwerber oder subsidiär Schutzbedürftige. Da gibt es natürlich eine Problematik, wenn wir immer nur von dieser Zahl ausgehen und dann bei den 37 500 angelangt sind. Denn in Wirklichkeit geht es um die Menschen, die hier bei uns sind, und nicht nur um Asylberechtigte. Und wenn wir das dann weiter potenzieren, bis wir 37 500 Asylberechtigte haben, dann haben wir in Wirklichkeit über 100 000 Menschen im Land, so wie im letzten Jahr. **Das** ist der große Unterschied, den es da bei der Interpretation gibt! Also da gibt es meiner Meinung nach nicht den großen Spielraum, von dem Sie, Herr Bundeskanzler, gesprochen haben.

Ich denke, dass Sie da die Journalisten und auch den Innenminister und den Verteidigungsminister schon auf dem falschen Fuß erwischt haben, um es in der Fußballersprache zu sagen. Na ja, es sei so.

Auf jeden Fall ist das Problem sicher Dublin III, wo wir das Gefühl haben, dass Dublin III momentan nur auf dem Papier besteht. Es hat mich auch Kollege Stefan Schennach, Mitglied des Europarates und Bundesrates, der heute nicht hier ist, vor drei EU-Ausschüssen klar darauf hingewiesen – und er muss es ja wissen –, dass seiner Meinung nach Dublin III tot ist. Und wenn das ein Experte sagt, dann muss man das auch ernst nehmen. Er kommt ja bekanntlich nicht aus meiner Fraktion.

Ich meine, es ist wichtig, dass wir da eine gemeinsame Sprachregelung in der Regierung haben. Es geht darum, die Fakten den Menschen auch entsprechend zur Kenntnis zu bringen und nicht jetzt schon wieder mit verschiedenen Interpretationen, was Zahlen anbelangt, was Größenordnungen anbelangt, was Richtwerte oder Obergrenzen anbelangt, zu kommen, denn das wollen die Menschen in Wirklichkeit nicht. Die Menschen wollen klare Botschaften, klare Lösungen. Wir haben im Asylbereich jetzt eine Lösung, so wie sie der Vizekanzler geschildert hat, und diese gilt es auch entsprechend umzusetzen, daran gilt es zu arbeiten.

In den Ländern und in den Gemeinden ist die Problematik natürlich eine andere. Wir sind aufgefordert, Menschen gemäß unserer gesetzlichen Bestimmungen unterzubringen, ihnen entsprechendes Quartier zu besorgen, und das stellt uns zusehends vor ganz große, ja vor riesige Herausforderungen.

Sie haben, Herr Bundeskanzler, auch die Brandstiftung in einem Asylheim erwähnt, was wirklich zu verurteilen ist. Da gilt es, mit allen gesetzlichen Möglichkeiten die Täter auszuforschen. Ich hoffe, dass solche Dinge nie mehr passieren. Das ist dringend abzustellen. Wir wollen nicht solche Verhältnisse, wie es sie in Deutschland gibt, wo

nahezu jedes Asylheim mit derartigen Attacken entweder brandgeschätzt oder stark beschädigt wird.

Wir haben die schwierige Aufgabe, diese Menschen, die aus Zeltstädten und zum Teil aus der Obdachlosigkeit herkommen, in den Gemeinden, in den Ländern zu versorgen, sie unterzubringen und zu integrieren, und da ist längst nicht jede Unterkunft möglich. Es sollen keine Zelte sein, es sollen keine Container sein, es sollen keine alten Fabriken sein, nur ganz gute Wohnquartiere, und das zu bewerkstelligen ist für die Gemeinden immer schwieriger. Da muss man schon klar sagen, dass wir da auch die Länder und die Gemeinden nicht überfordern dürfen.

Ich finde es gut, Herr Bundeskanzler, dass Sie im Pressefoyer auch gesagt haben, dass Sie sich demnächst um die Notverordnung kümmern werden, dass es wichtig ist, dass man da zumindest gesetzlich gerüstet ist.

Und wenn ich schon den Verteidigungsminister und den Innenminister erwähnt habe, dann möchte ich sagen, es sollte der Umgang dieser beiden Regierungsmitglieder miteinander, die in fairer und sachlicher Art und Weise die großen Herausforderungen in der Flüchtlingssituation gemeinsam meistern, für das Verhalten der übrigen Regierungsmitglieder beispielgebend sein. Und glauben Sie mir, das wird von der Bevölkerung auch anerkannt. Das ist lösungsorientierte Zusammenarbeit, und die ist immer ein **Garant** für Erfolg!

Abschließend darf ich noch kurz auf das Verhältnis zwischen dem Bund und den Ländern eingehen, von dem Sie als ehemaliger Chef der ÖBB sicher auch ein Lied singen können.

Was die Situation von Bund und Ländern anbelangt, ist zu sagen: Föderale Strukturen und ein moderner Föderalismus sind das beste Angebot an die Bürger. Jede Studie zeigt, dass sich die BürgerInnen in kleinen politischen Einheiten stärker einbringen als in großen. Alle großen Herausforderungen der Vergangenheit sind immer nur dann erfolgreich bewältigt worden, wenn Bund und Länder zusammengearbeitet haben.

Heute sind neue Aufgaben zu meistern. Da ist eine gute Zusammenarbeit wirklich sehr wichtig. Gute Beispiele dafür gibt es genug. Wir dürfen auch deshalb als Ländervertreter auf faire Finanzausgleichsverhandlungen hoffen. Wir brauchen in den Ländern Unterstützung in der Asyl- und Flüchtlingskrise, im Bereich der Gesundheits- und Spitalsfinanzierung, bei der Kinderbetreuung sowie im Bereich der Pflegefinanzierung und bei den sozialen Problemen unseres Landes.

Herr Bundeskanzler! Ich wünsche Ihnen und Ihrem Regierungsteam alles Gute und viel Erfolg. Ich hoffe auf eine gute Zusammenarbeit mit den Ländern und mit dem Bundesrat. Glück auf! *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und Grünen.)*

11.27

Vizepräsidentin Ingrid Winkler: Ich darf meiner großen Freude über das rege Interesse an der heutigen Bundesratssitzung Ausdruck geben und begrüße hiermit Klubobfrau Dr. Eva Glawischnig-Piesczek in Begleitung der Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse der Marie Jahoda Volksschule. *(Allgemeiner Beifall.)*

Als Nächste zu Wort gelangt Frau Bundesrätin Mühlwerth. – Bitte.